



**Geschäftsführung  
Hauptausschuss**

Frau Hoffmann

Telefon: (0221) 221-22058

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: Daniela.Hoffmann@stadt-koeln.de

Datum: 09.03.2010

**Niederschrift**

über die **2. Sitzung des Hauptausschusses (Sondersitzung)** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 18.02.2010, 16:10 Uhr bis 19:22 Uhr, Historisches Rathaus, Piazzetta

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Oberbürgermeister Jürgen Roters

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Martin Börschel	SPD	
Herr Axel Kaske	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	in Vertretung für Herrn Zimmermann
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Frau Ursula Gärtner	CDU	
Herr Winrich Granitzka	CDU	
Herr Andreas Köhler	CDU	
Herr Karsten Möring	CDU	in Vertretung für Herrn Klipper
Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	in Vertretung für Frau von Bülow
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	in Vertretung für Frau Wolter

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE

## **Verwaltung**

Herr Ralf Huttanus  
Herr Stadtdirektor Guido Kahlen  
Herr Hans-Joachim Mohr  
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger  
Herr Gregor Timmer  
Herr Beigeordneter Dr. Norbert Walter-Borjans

## **Presse**

## **Zuschauer**

## **Entschuldigt fehlen:**

## **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Michael Zimmermann	SPD
Herr Karl-Jürgen Klipper	CDU
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Frau Judith Wolter	pro Köln

## **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein  
Frau Christine Kronenberg  
Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Weiterhin haben folgende **Sachverständige** an der Sitzung teilgenommen:

Herr Fenske (KVB AG)  
Herr Reinarz (KVB AG)  
Herr Heinrichs (KVB AG)  
Herr Hartl (Berufsfeuerwehr der Stadt Köln)  
Herr Dr. Holzhäuser (Smoltczyk & Partner)  
Herr Dr. Hertwig (CBH Rechtsanwälte)  
Herr Prof. Haak (Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e.V.)  
Herr Dr. Leucker (Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen e.V.)  
Herr Sieler (TÜV Rheinland, LGA Bautechnik GmbH)  
Herr Ewald (Gud Consult)  
Herr Prof. Dr. Langen (Kapellmann und Partner Rechtsanwälte)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass Vertreterinnen und Vertreter der Medien in der Sitzung anwesend sind und für die Berichterstattung elektronische Bild- und Tonaufnahmen der Diskussion veröffentlichen werden. Der Hauptausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Weiterhin erklärt der Oberbürgermeister, dass folgende Vorlage nachträglich auf die Tagesordnung genommen werden soll:

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

### **2        Unglück Severinstraße / Arge Nord-Süd Stadtbahn Köln Los Süd 0716/2010**

Herr Uckermann beantragt die Beratung der Angelegenheit im öffentlichen Teil der Sitzung. Herr Stadtdirektor Kahlen erläutert, dass der Beschluss im Anschluss an die Beratung veröffentlicht werden soll. Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimme von pro Köln wird der Zusetzung im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zugestimmt.

Darüber hinaus legt Herr Uckermann fünf Dringlichkeitsanträge mit folgenden Inhalten vor:

- Der Hauptausschuss der Stadt Köln beauftragt den Oberbürgermeister, Maßnahmen zu ergreifen, die es rechtlich ermöglichen, dass alle interessierten Mitglieder des Rates der Stadt Köln Akteneinsicht in alle relevanten Dokumente über den U-Bahn-Bau einsehen können.
- Der Hauptausschuss der Stadt Köln fordert die vom Stadtrat in den Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) entsandten Ratsmitglieder Zimmermann (SPD) und Karsten Möring (CDU) auf, zurück zu treten.
- Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) anzuweisen, einen Beschluss zu erwirken, den Vorstandsvorsitzenden sofort abuberufen. Weiterhin empfiehlt der Hauptausschuss dem Stadtrat, die Vertreter der Stadt Köln im Aufsichtsrat der Kölner Verkehrsbetriebe (KVB) anzuweisen, einen Beschluss zu erwirken, dass Vorstandsmitglied für den Bereich Technik zu beurlauben.
- Der Hauptausschuss beauftragt den Oberbürgermeister ein provisorisches Tiefbauamt einzurichten.
- Der Hauptausschuss der Stadt Köln bedauert es, dass die Bus- und Bahnfahrer sowie die Servicemitarbeiter der Kölner Verkehrsbetriebe von Fahrgästen für die Missstände beim U-Bahn-Bau irrtümlicherweise verantwortlich gemacht werden und deren berufliches Ansehen dadurch derzeit leidet. Die Stadt Köln dankt den Mitarbeitern der KVB für ihren unverzichtbaren Einsatz in dieser schweren Zeit.

Der Oberbürgermeister lässt über die Dringlichkeit dieser Anträge abstimmen. Mit den Stimmen der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP sowie gegen die Stimme von pro Köln wird die Dringlichkeit und damit die Aufnahme der Anträge auf die Tagesordnung abgelehnt.

Im Übrigen legt der Hauptausschuss die Tagesordnung wie folgt fest:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- 1 Aktuelle Information zum Thema "Nord-Süd-Stadtbahn"**

### **II. Nichtöffentlicher Teil**

- 2 Unglück Severinstraße / Arge Nord-Süd Stadtbahn Köln Los Süd  
0716/2010**

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Aktuelle Information zum Thema "Nord-Süd-Stadtbahn"

Herr Oberbürgermeister Roters eröffnet die Sitzung mit einer Rede (siehe Anlage).

Im Anschluss daran schlägt der Oberbürgermeister vor, den Ratsmitgliedern Dr. Martin Müser (Kölner Bürger Bündnis) und Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde), die nicht im Hauptausschuss vertreten sind, das Recht einzuräumen, Fragen zu stellen. Der Hauptausschuss ist damit einverstanden.

Herr Stadtdirektor Kahlen stellt dar, dass zurzeit die Sicherung der U-Bahn-Haltestellen gegen ansteigendes Grundwasser, insbesondere der Haltestelle Heumarkt, mit Priorität verfolgt wird. Die KVB sei in ständigem Kontakt mit dem zuständigen Prüfenieur. Die von ihm freigegebenen Maßnahmen würden umgesetzt. Anfang der nächsten Woche sei mit der Fertigstellung eines Schotts zu rechnen. Der Hochwasserstand sei zurzeit konstant. Ab Samstag werde mit einem leichten Anstieg des Pegels gerechnet. Sonntag könne der Kölner Pegel 3,50 m überschreiten. Durch stärkeres Tauwetter und Niederschläge ab Sonntag sei ein Anstieg des Hochwasserpegels auf über 5 m bis Mitte der nächsten Woche nicht auszuschließen. Für alle Bauwerke existiere unabhängig von der aktuellen Situation im Rahmen des Qualitätsmanagements bzw. der Qualitätssicherung ein Hochwassermanagement. In den nächsten Wochen sei es denkbar, dass Druckausgleichsmaßnahmen an den U-Bahn-Haltestellen notwendig werden. Die Stadt Köln und die KVB werden die Anwohnerinnen und Anwohner der Haltestellen daher Anfang nächster Woche über diese Maßnahmen informieren.

Weiterhin erläutert Herr Reinarz (KVB) anhand eines Folienvortrages (siehe Anlage) den Sachstand sowie die Entwicklungen beim Bau der Nord-Süd-Stadtbahn seit dem Unglück am Waidmarkt vom 03.03.2009. Herr Fenske (KVB) ergänzt, dass seit dem Unglück am 03.03.2009 die zentralen Ziele der KVB „Aufklärung und Sicherheit“ lauten. Alle zwei Wochen tage ein Lenkungsausschuss mit Beteiligung der Stadt Köln und zahlreicher Sachverständiger. Seit dem 03.03.2009 sei das Sicherheitsmanagement beim Bau der U-Bahn auf ein Höchstmaß aufgestockt worden. Auch die Bauüberwachung der KVB sei an den Haltestellen Heumarkt und Waidmarkt nach dem 03.03.2009 durch externe Mitarbeiter ersetzt worden. Die Bauüberwachung bezüglich der primären Verkehrssicherungspflicht obliege den Bauunternehmen. Die eigene Bauüberwachung der KVB sei gesetzlich zu Stichprobenkontrollen verpflichtet. Diese seien auch durchgeführt worden. In welcher Qualität diese stichprobenartigen Überprüfungen stattgefunden haben sei jedoch noch unklar und werde zurzeit geprüft. Weiterhin führt Herr Fenske aus, dass das Vertrauen in die Arbeitsgemeinschaft der Baufirmen (Arge) nachhaltig berührt sei. Ob dies zu einer Beendigung der Zusammenarbeit führen werde, werde zurzeit juristisch geprüft und könne lediglich nach einer gründlichen Abwägung der Gesamtumstände entschieden werden.

Herr Börschel macht zunächst deutlich, dass es augenblicklich das Ziel aller Beteiligten sein müsse, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Er übergibt dem Oberbürgermeister eine Liste von Bürgeranfragen (siehe Anlage), die von der SPD zusammengestellt wurde, und bittet um eine zeitnahe öffentliche Beantwortung dieser Fragestellungen. Entscheidend sei auch die Frage, wie es beim Bau der U-Bahn weitergeht und welche Rolle dabei die folgenden Kategorien spielen.

#### 1. Sicherheit

Oberstes Gebot müsse die Einhaltung der Sicherheit an den Baustellen sein. Die, in diesem Zusammenhang von Herrn Oberbürgermeister Roters geforderte, Überprüfung aller Baustellen der gesamten Nord-Süd-Stadtbahn sollte dabei nicht auf die Auswertung schriftlicher Dokumente beschränkt werden sondern durch Inaugenscheinnahmen erfolgen.

#### 2. Kommunikation / Kommunikationsstrategie

Die Kommunikation sollte künftig schneller, verständlicher und vor allem öffentlich stattfinden.

#### 3. Verantwortlichkeiten

Herr Börschel beschreibt das Verhalten der Arge als skandalös und bittet die KVB, die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu unterstützen. Außerdem sei die Frage zu prüfen, ob einige der Mängel nicht früher hätten auffallen müssen und möglicherweise Defizite bei der Bauaufsicht bzw. der Bauüberwachung vorgelegen haben.

#### 4. Lehren

Welche Lehren kann man aus den Vorfällen ziehen. Ist die Organisation der Baumaßnahme bestmöglich erfolgt? Sind die zuständigen Stellen, insbesondere bei den staatlichen Stellen (Technische Aufsichtsbehörde Düsseldorf-TAB), ausreichend personell und finanziell ausgestattet?

Herr Granitzka schließt sich den Ausführungen von Herrn Börschel an und betont, dass in dieser Situation alle Fraktionen zusammen stehen sollten um den Oberbürgermeister und alle notwendigen Maßnahmen zu unterstützen. Er begrüßt außerdem die, von Herrn Oberbürgermeister Roters eingerichtete, stadtinterne Arbeitsgruppe „Stadtbahn-Bau“. Für die strafrechtliche Aufklärung der Vorfälle empfiehlt er, Sonderkommissionen einzurichten weil kriminelle Strukturen erkennbar seien. Der Aufklärung sei zudem Vorrang vor der Information der Öffentlichkeit einzuräumen. Herr Granitzka kritisiert außerdem das Presseinterview von Herrn Bökamp (Präsident der nordrhein-westfälischen Ingenieurkammer-Bau) und bittet die Fachverwaltung, diesen Aussagen entsprechend entgegen zu treten. Bezüglich des Themas „Sicherheit“ ergänzt er, dass sowohl die Sicherheit beim Bau als auch beim Betrieb zu gewährleisten sei.

Frau Moritz kritisiert das Verhalten der Arge und macht deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger darüber empört sind, dass die Verantwortung hin und her geschoben wird. Zudem sei nicht nachvollziehbar, dass viele Informationen erst nach einem Jahr bekannt werden. Darüber hinaus stellt Frau Moritz die Frage, wie gewährleistet werden kann, dass auch diejenigen Rohbauten, die vor dem 03.03.2009 fertig gestellt wurden, ausreichend sicher sind und wie das überprüft werden soll. Als richtige Konsequenz aus den Vorfällen bewertet Frau Moritz ebenfalls die Einrichtung der stadtinternen Arbeitsgruppe „Stadtbahn-Bau“.

Auch Herr Sterck vertritt die Auffassung, dass die Kommunikationswege optimiert werden müssen. Informationen sollten nicht ausschließlich durch die Presse zugänglich werden und vor allem plausibel dargestellt werden. Darüber hinaus stellt Herr Sterck folgende Fragen:

1. Es existieren insgesamt 9 unterirdische Bauwerke. Warum wurden zwei dieser Bauwerke (Waidmarkt und Heumarkt) von der KVB und die übrigen extern überwacht?
2. Welche konkreten Aufgaben werden von der Bauüberwachung wahrgenommen? Welche Verantwortungen und welche Schnittstellen gibt es?

3. Wer hatte Zugriff auf die Messprotokolle und wäre in der Lage gewesen diese Protokolle zu fälschen? Welche Informationen haben bei der KVB vorgelegen?

Herr Uckermann kritisiert die Gründung der stadtinternen Arbeitsgruppe „Stadtbahn-Bau“. Stattdessen sollten die Vorschläge aus den Dringlichkeitsanträgen der Fraktion pro Köln als Diskussionsgrundlage dienen. Außerdem spricht er gegenüber Herrn Reinarz Misstrauen aus. In seinem Vortrag sei er nicht auf die „Kernthemen“ eingegangen. Herr Uckermann möchte von Herrn Reinarz wissen, ob er bereit ist, den Ratsmitgliedern Akteneinsicht zu gewähren und mit den interessierten Ratsmitgliedern die Baustelle zu besichtigen. Anfang Dezember sei der Aufsichtsrat der KVB über die Vorfälle informiert worden. Dieser Aufsichtsrat sei gegenüber dem Oberbürgermeister berichtspflichtig. Herr Uckermann stellt die Frage, ob der Oberbürgermeister informiert wurde und warum er zu diesem Zeitpunkt keine Fraktionsvorsitzendenbesprechung einberufen hat. Darüber hinaus kritisiert Herr Uckermann die Ausführungen von Herrn Fenske.

Frau Stahlhofen stellt folgende Fragen:

1. Wie sieht es mit der juristischen Verantwortung der Stadt Köln aus?
2. Wer wird in der Arbeitsgruppe „Stadtbahn-Bau“ teilnehmen? Ist sichergestellt, dass die notwendige Fachkompetenz gegeben ist?
3. Wieviele Eisenbügel sind insgesamt nicht eingebaut worden?

Darüber hinaus regt Frau Stahlhofen an, die Ängste der Bürgerinnen und Bürger sehr ernst zu nehmen und das Hilfskonzept, dass nach dem Archiveinsturz zum Einsatz gekommen ist, wieder aufzulegen. Abschließend bittet sie um eine Beantwortung der Anfrage von der Fraktion Die Linke.Köln vom 11.02.2010.

Herr Dr. Müser stellt folgende Fragen:

1. Wie hoch war der Stand des Grundwassers am 03.03.2009 (in der Baugrube am Waidmarkt)?
2. Welche Änderungen hat es bei der Bauaufsicht seit dem 03.03.2009 gegeben?
3. Welche eigenen Erkenntnisse, unabhängig von den Aussagen der Arge, existieren bei der KVB bezüglich der Sicherheit der Baustellen?

Herr Frank fordert die Aufklärung der Verantwortlichkeiten in Bezug auf die Bauüberwachung. Dies sollte nicht allein der Staatsanwaltschaft überlassen werden. Auch die KVB sollte kurzfristig eigene Überprüfungen vornehmen. Nicht nur das Vertrauen in die Arge sondern auch das Vertrauen in die KVB sei beeinträchtigt.

Herr Möring macht deutlich, dass den Aufklärungstätigkeiten vor dem Hintergrund potenzieller Schadensersatzansprüche eine vorrangige Bedeutung zukommt. Zu dem Thema Sicherheit möchte er wissen, wie eine Überprüfung der Standsicherheit der bestehenden Bauwerke vorgenommen werden soll.

Herr Fenske (KVB) erläutert, dass das Vertrauen nur dann wiederhergestellt werden kann, wenn die KVB lückenlos an der Aufklärung der Vorfälle arbeitet. Die Anregung eine Überprüfung der Sicherheit an der gesamten Baumaßnahme Nord-Süd-Bahn vorzunehmen, soll veranlasst werden. Darüber hinaus werde die KVB ein Schreiben an Herrn Bökamp (Präsident der nordrhein-westfälischen Ingenieurkammer-Bau) richten und dieses den Fraktionen zur Verfügung stellen. Auch die Anregungen der Ausschussmitglieder bezüglich der Informationspolitik würden angenommen. Gleichwohl bittet Herr Fenske um Verständnis für die Kurzfristigkeit mancher Ereignisse. Zur Bauüberwachung erläutert Herr Fenske, dass es Konsequenzen gegeben hat nach-

dem im vergangenen Jahr bekannt wurde, dass die wasserrechtliche Genehmigung überschritten wurde. Zum einen habe die TAB die Aufgaben im Rahmen der hoheitlichen Bauaufsicht, die an die KVB übertragen waren, wieder zurück genommen. Zum anderen habe die KVB die Bauüberwachung extern vergeben. Insgesamt sei das Thema Bauüberwachung noch gründlich aufzuklären.

Herr Reinarz (KVB) antwortet zunächst auf die Frage von Frau Moritz. Der TÜV Rheinland sei beauftragt worden, eine Überprüfung wesentlicher, fertig gestellter Bauteile vorzunehmen. Zusätzlich sei die vollständige Dokumentation aller Überprüfungen gefordert worden. Außerdem sei bereits am 04.03.2009 eine detaillierte Prüfung in Auftrag gegeben worden und gleichzeitig ein zusätzliches Sicherheits- und Risikomanagement für die gesamte Baumaßnahme eingeführt worden. Die Berichte, die in diesem Zusammenhang vorliegen, könnten veröffentlicht werden. Zu den Fragen von Herrn Sterck führt Herr Reinarz aus, dass im Jahr 2002 entschieden wurde, die Bauüberwachung am Waidmarkt und am Heumarkt eigenständig durchzuführen weil dafür bei der KVB geeignetes Personal zur Verfügung stand. Die Messprotokolle an den Baustellen würden von der Arge erstellt und durch die Bauüberwachung unterzeichnet. Die Anzahl der fehlenden Eisenbügel belaufe sich auf etwa 50. Der Grundwasserstand am 03.03.2009 betrug ca. 37,80 m. Auf die mehrfach gestellte Frage, warum erst nach den Zeugenaussagen von Bauarbeitern gehandelt wurde, erwidert Herr Reinarz, dass zunächst von einem hydraulischen Grundbruch als Unglücksursache ausgegangen wurde. Die Erkenntnisse über mögliche Schäden an der Schlitzwand seien erst später deutlich geworden.

Herr Dr. Hertwig (CBH Rechtsanwälte) informiert über das System der Bauüberwachung. Zunächst erläutert er, dass die Bauüberwachung auf verschiedenen Ebenen und durch verschiedene Personen durchgeführt wird. Auf Seiten der Bauunternehmen seien dies der Bauleiter und der Oberbauleiter. Zusätzlich sei entsprechend der vertraglichen Verpflichtung von den Bauunternehmen ein Qualitätsmanagement eingerichtet worden, welches für jeden Arbeitsschritt konkrete Arbeitsabläufe sowie die Dokumentation der Überprüfungen und deren Zeitpunkt vorschreibt. Dies sei auch umgesetzt worden. Die Baufirmen wiederum würden durch den Bauherren (=KVB) überwacht. Die örtliche Bauüberwachung erfolge an den Haltestellen Heumarkt und Waidmarkt durch Beschäftigte der KVB; an den übrigen Haltestellen durch ein externes Unternehmen. Zudem existiere eine externe Bauoberleitung. Die hoheitliche Bauüberwachung bzw. Bauaufsicht obliege der Technischen Aufsichtsbehörde (TAB) und sei teilweise auf die KVB übertragen worden. Die Bauüberwachung durch den Bauherren liege zunächst im ausschließlichen Interesse des Bauherren. Eine Wirkung gegenüber Dritten werde durch die Verkehrssicherungspflicht entfaltet. Die Verkehrssicherungspflicht obliege zunächst dem Bauherren werde aber regelmäßig auf das bauausführende Unternehmen übertragen. Dies sei rechtlich zulässig und üblich. Die primäre Verkehrssicherungspflicht liege dann bei dem bauausführenden Unternehmen. Beim Bauherren verbleibe ein Restrisiko. Zu einer Haftung der Bauüberwachung nach außen könne es dann kommen, wenn die Verkehrssicherungspflicht verletzt wurde. Dies sei im vorliegenden Fall erst dann zu beurteilen, wenn die Unglücksursache aufgeklärt ist. Selbst wenn die KVB nach außen haften müsste, hätte sie aber im Innenverhältnis eine Rückgriffsmöglichkeit auf die bauausführenden Unternehmen. Es könne nicht der Fall eintreten, dass die KVB wirtschaftlich für den Schaden einstehen muss.

Herr Ewald (GuD Consult) erläutert die Aufgaben der Bauüberwachung an der Baustelle Heumarkt, die von GuD Consult dort seit dem 05.02.2010 wahrgenommen werden. Ziel sei die Herstellung eines mängelfreien Bauwerkes. Dafür werde mit perma-



nenten Soll-Ist-Vergleichen gearbeitet. Täglich würden sämtliche Pegelstände innerhalb und außerhalb der Baustelle aufgenommen und dokumentiert. Der Sandgehalt werde wöchentlich kontrolliert. Die Bewehrungen würden bereits während der Herstellung überprüft anschließend abgenommen und erst danach werde eine „Betonierfreigabe“ erteilt.

Herr Oberbürgermeister Roters sagt eine schriftliche Beantwortung aller Fragen zu, die in der Sitzung nicht geklärt werden konnten und macht deutlich, dass er bei Bedarf auch künftig wieder den Hauptausschuss einberufen werde. Darüber hinaus dankt er den Vortragenden für ihre Ausführungen.

gez. Roters  
Oberbürgermeister

gez. Hoffmann  
Schriftführerin